



Frauen im Arbeitssaal der Zigarettenfabrik Yenidze

und 23 v. H. aller Arbeiter der Papierindustrie im Reichsmaßstab beschäftigte, benötigte in dieser prekären Lage in erster Linie lukrative Arbeitsaufträge und nicht nur staatlich subventionierte Unterstützung.

Auf jener Januartagung des Verbandes Sächsischer Industrieller, an der auch Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) teilnahm, wurde gefordert, daß Sachsen entsprechend seiner in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte mit Reichsaufträgen versehen wird. Zudem sollten Vertreter der sächsischen Unternehmerschaft eine höhere Beteiligung in wichtigen Reichsgremien wie dem Reichswirtschaftsrat, dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Reichspost zugestanden werden. Weitere Forderungen zielten darauf ab, Reichsbahnsondertarife für Sachsen einzuführen, die Steuern insgesamt zu reduzieren, an die sächsische Wirtschaft großzügiger als bisher Kredite zu vergeben, die mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge durch freie Gestaltung von Lohnzahlungen zu umgehen, Unternehmensschulden effektiver als bisher umzuschreiben, die Umschuldung und die Wirtschaft Sachsens an Rüstungsaufträgen deutlicher als zuvor zu beteiligen. Außerdem wurde vorgeschlagen, sächsische Industrielle bei Verhandlungen über Exportmodalitäten in den Verhandlungen über internationale Außenwirtschaftsfragen einzusetzen. Diese Forderungen skizzierten zugleich die wichtigsten Problembereiche der sächsischen Wirtschaft. Die Reichsregierung verhielt sich angesichts solcher massiven Forderungen eher zögerlich und sicherte lediglich zu, ihr »Möglichstes« zu veranlassen. Brüning, der einen eisernen Deflationskurs verfolgte,